

Energie

Wie die Kohle-SPD die Energiewende blockiert



GREENPEACE

Gerechtigkeit oder Kohle?

„Glück auf, der Steiger kommt!“, das Steigerlied, gehört zur SPD wie die Pfeife zu Herbert Wehner. Der Kohle-Bergbau hat eine lange Tradition in Deutschland. Er war der Ausgangspunkt für die Industrialisierung Deutschlands und für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Der „Mythos Kohle“ gründet sich auf Werten wie Solidarität, ehrliche Arbeit, Fortschritt und Gerechtigkeit – sozialdemokratische Werte. Es ist zu begrüßen, wenn sich die SPD auf solche Werte bezieht und für sie eintritt. Und das traditionelle Symbol dafür ist das Steigerlied.

Zwar sind diese ursprünglich mit der Kohle verbundenen Werte an sich zeitlos. Aber: Die Bedeutung des Grundstoffes Kohle selbst ist es jedoch nicht. Sie hat sich in den vergangenen 30 Jahren radikal verändert und hat sich längst von den „sozialdemokratischen“ Werten abgekoppelt, denn heute steht die **Kohle** für:

➔ **Keine Arbeit:** Der immer teurer werdende heimische Steinkohle-Bergbau wurde im internationalen Wettbewerb abgehängt. Deshalb kommt heute 78 % der in Deutschland eingesetzten Steinkohle aus dem Ausland (Russland, Kolumbien, USA, Polen und Südafrika). Knapp 30.000 Arbeitsplätze in der Kohleförderung (überwiegend Braunkohle) stehen 400.000 Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien gegenüber. Das ist ein Verhältnis von etwa 1 zu 13! Das bedeutet: Jede Megawattstunde Strom, die statt aus Kohle aus Wind oder Sonne produziert wird, schafft Arbeitsplätze. Kohle ist also schon lange kein Jobmotor mehr – sondern eine Job-Verhinderer.

➔ **Keine Solidarität:** Für den Aufschluss neuer Tagebaue im Rheinland und in der Lausitz werden Menschen aus ihren Dörfern umgesiedelt und verlieren ihre Heimat.

➔ **Keine Gerechtigkeit:** Es ist bewiesen, dass die Verbrennung der Kohle eine der Hauptursachen für den Klimawandel ist. Der Klimawandel bedroht die Zukunft der Menschen in Deutschland – und noch viel mehr die Zukunft der Menschen in den ärmeren Ländern Afrikas und Asiens. Darüber hinaus zerstören die Braunkohle-Tagebaue die Natur.

➔ **Kein Fortschritt:** Die Kohle bremst und blockiert den Ausbau der wirklich fortschrittlichen umweltfreundlichen Energien aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse.



In den frühen Morgenstunden sind 30 Greenpeace Aktivist:innen auf einen Kühlturm des RWE-Braunkohle-Kraftwerkes Neurath geklettert. „CO₂ kills!“ steht auf einem Transparent am oberen Rand des Turms. Damit wehren sich die Umweltschützer gegen die andauernde Klimazerstörung durch RWE, den größten CO₂-Emittenten Europas.

Greenpeace setzt sich daher für einen Ausstieg Deutschlands aus der Braunkohle bis 2030 und einen Steinkohle-Ausstieg bis 2040 ein. Erhebliche Teile der SPD teilen diese Position. Das spiegelt auch das SPD-Energie-Programm vom vergangenen Bundesparteitag in Berlin wider. Dort legt sich die SPD auf eine „Umstellung des deutschen Energiebedarfs bis 2050 in großen Schritten auf 100 % Erneuerbare Energien“ fest.

Eine Umstellung des Energiebedarfs bis 2050 auf 100 % Erneuerbare Energien

bedeutet im Umkehrschluss: Ausstieg aus der Kohle bis 2050. Trotz dieser Beschlusslage und einiger engagierter SPD-Landesverbände setzen die sozialdemokratischen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg dagegen intensiv auf eine langfristige Zukunft der Kohle. Das ist ein Widerspruch. Die SPD muss sich auf ihre Werte besinnen – und vom Brennstoff Kohle endlich verabschieden.

Glück auf, die Erneuerbaren kommen!

SPD-Parteitag 2011 hat Kohleausstieg bis 2050 bereits beschlossen



Greenpeace Aktivist:innen demonstrieren mit Schildern „RWE zerstört das Klima“ vor dem Braunkohle-Kraftwerk Neurath gegen den geplanten Bau zweier neuer Kraftwerksblöcke. Während der Demonstration stellten die Aktivist:innen auf ihrem Weg Achtung-Schilder auf, die Kühltürme mit Abgasfahnen zeigen.

Der Ordentliche SPD-Parteitag 2011 hat in seinem Beschluss Nr. 32 „**Die Energiewende in Deutschland: bürgernah, wirtschaftlich erfolgreich, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.**“ am 04.12.2011 verankert:

„100 % Erneuerbare Energien – von der „Fossilen“ zur „Erneuerbaren Wirtschaft“ Knapper werdende fossile Ressourcen und der Zwang zur schnellen Senkung der Treibhausgas-Emissionen erfordern eine Umstellung des deutschen Energiebedarfs bis 2050 in großen Schritten auf 100 % Erneuerbare Energien. Dazu sind neben dem EEG weitere Maßnahmen zur Förderung der Erneuerbaren Energien notwendig.“

Unsere Zwischenziele für das Ziel „100 % Erneuerbare Energien“ bis 2020: Im Strombereich wollen wir 40 bis 45 % Anteil der Erneuerbaren Energien. Mehr ist möglich!

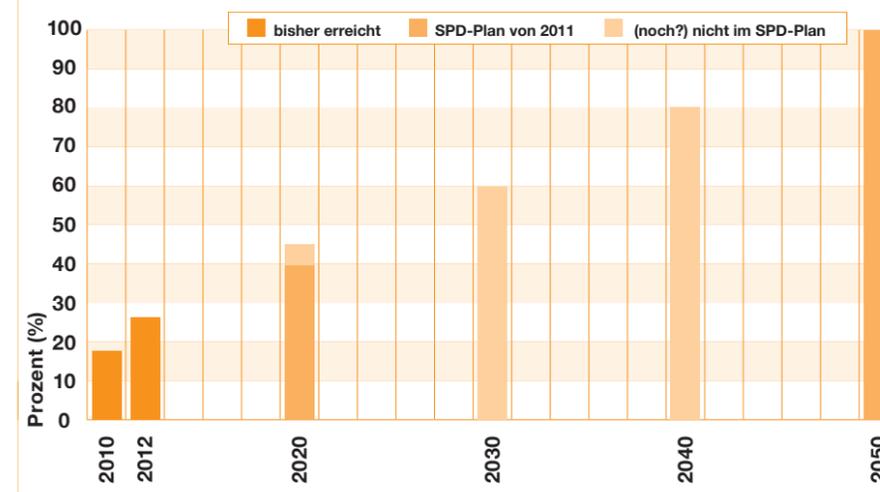
Wir machen eine Politik, die das Ziel 100 % Erneuerbare Energien offensiv angeht und den dafür notwendigen Strukturwandel in allen Bereichen aktiv beschleunigt!“

Greenpeace fordert:

➔ **Die SPD soll konkrete Erneuerbare Energien-Ausbauziele für 2030 und 2040 benennen.**

➔ **Die SPD muss anerkennen, dass ihre Erneuerbare Energie-Ausbauziele nicht mit neuen Kohlekraftwerken oder Tagebauen kompatibel sind.**

Erneuerbare Energien im Strommix Deutschland



SPD-Beschluss zur Kohlepolitik vom 04.12.2011: Von 40 Prozent im Jahr 2020 „in großen Schritten“ zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien im Jahr 2050.

© Greenpeace

SPD NRW: Kohle statt Erneuerbare?

Nordrhein-Westfalen ist das Kohleland Nr. 1 in Deutschland. Rund 70 % des Stroms werden dort aus der klimaschädlichen Braun- und Steinkohle gewonnen (bundesweit: 43 %). Das in NRW befindliche Rheinische Braunkohlerevier ist Europas größtes Kohleabbaugebiet. Und während bundesweit schon 26 % des Stroms aus Erneuerbaren Energien stammt, sind es in Nordrhein-Westfalen nur mickrige 8 %! Im Kohleland NRW werden die erneuerbaren Energien immer noch an den Rand gedrängt.

Doch anstatt die Kohleverstromung zugunsten der Erneuerbaren zurückzuführen, unterstützt die SPD unter Hannelore Kraft den Neubau zahlreicher Kohlekraftwerke. Sieben neue Kohlekraftwerke sind in NRW in Bau oder Planung, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Im August 2012 feierte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit RWE die Inbetriebnahme zweier neuer Braunkohleblöcke im Kraftwerk Neurath. Mit 16 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr gehören diese zu Deutschlands größten Klimakillern. Doch damit nicht genug: RWE plant mit Unterstützung der SPD schon ein weiteres Braunkohlekraftwerk am Standort Niederaußem. Sollte dieses Kraftwerk um das Jahr 2020 ans Netz gehen, blockiert es für Jahrzehnte den Ausbau Erneuerbarer Energien. Die SPD NRW setzt sich auch für die Fertigstellung des gerichtlich gestoppten Kohlekraftwerks Datteln 4 ein. Das praktisch fertig gestellte Kraftwerk gilt aufgrund schwerwiegender Planungsfehler als Deutschlands bekanntester Schwarzbau. Doch mit Unterstützung der SPD will die regionale Planungsbehörde das Kraftwerk nachträglich legalisieren.

Hannelore Krafts SPD in Nordrhein-Westfalen verschläft die Energiewende. Dabei ist NRW auch ein gutes Beispiel, welche Innovationskräfte ein geordneter Kohleausstieg freisetzen kann. Im Ruhrgebiet werden mit dem Ende der Steinkohlesubventionen bis 2018 die verbleibenden Kohlezechen geschlossen. Der Steinkohleförderer RAG errichtet neuerdings Windkraftwerke auf alten Kohlehalden und plant, stillgelegte Zechen als Pumpspeicherwerke auszubauen. Der Strukturwandel kann gelingen. Die SPD NRW muss nun auch das Ende des Braunkohleabbaus beschließen und sich gegen neue Kohlekraftwerke engagieren.



Globaler Klimaaktionstag während der Bali-Umweltschutz-Konferenz. Demonstration am Neubau des Kohlekraftwerks Neurath (Betreiber RWE) unter Beteiligung von Greenpeace. Die Klimaallianz – ein breites Bündnis von Organisationen zum Klimaschutz – hat zur Demonstration unter dem Motto: Klimaschutz jetzt! aufgerufen. Greenpeace beteiligt sich mit dem Banner „Keine neuen Kohlekraftwerke – Klimaschutz geht anders“ und einer schwarzen aufblasbaren CO₂-Wolke.

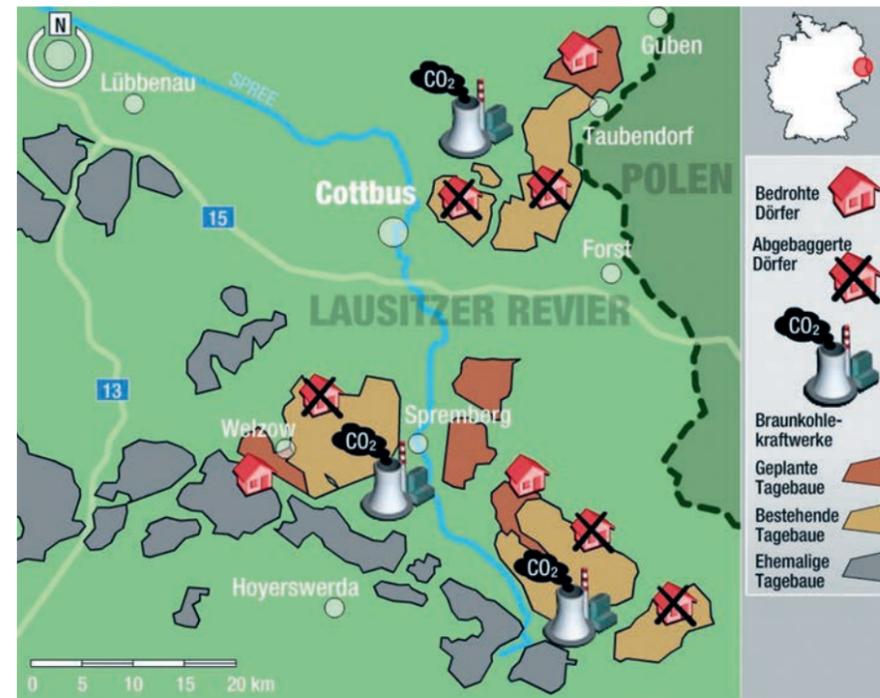


Hannelore Kraft bei der Einweihung des neuen Braunkohleblocks in Neurath.

Kohle-SPD Brandenburg: Neue Tagebaue blockieren Energiewende



Am 09. September 2008 nehmen der Vattenfall-Präsident Lars G. Josefsson, der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck und der Vattenfall-Vorstandsvorsitzende Tuomo Hatakka die Pilotanlage eines Braunkohlekraftwerks mit CCS-Technologie im brandenburgischen Spremberg in Betrieb.



Braunkohleabbau im Lausitzer Revier. Bis zum Jahr 2007 wurden im Lausitzer Revier 135 Ortschaften ganz oder teilweise umgesiedelt, wovon mehr als 27.000 Menschen direkt betroffen waren. Fünf Dörfer sind der Braunkohle bereits zum Opfer gefallen, drei weitere sind bedroht.

© Greenpeace

Die Brandenburger SPD ist eine vehemente Verfechterin der langfristigen Braunkohleverstromung. Trotz Energiewende wollen Ministerpräsident Platzeck und seine rot-rote Landesregierung in der

Lausitz vier neue Braunkohletagebaue genehmigen. Außerdem soll in Jänschwalde ein neues Braunkohlekraftwerk errichtet werden. Mit diesen Projekten würde die Braunkohleverstromung auf heutigem

Niveau bis zur Mitte des Jahrhunderts festgeschrieben. Das ist nicht nur ein Desaster für den Klimaschutz – es ist auch ein Verstoß gegen die energiepolitischen Ziele der Bundes-SPD. Um bis 2050 100 % Erneuerbare Energien im Stromsektor zu erreichen, muss die Braunkohleverstromung schrittweise zurückgefahren werden.

Ministerpräsident Matthias Platzeck bricht mit seinem Kohlekurs gleich mehrere politische Versprechen: Vor den Wahlen zum brandenburgischen Landtag 2009 hatte er gesagt, dass in Brandenburg kein Kohlekraftwerk ohne CCS mehr genehmigt würde. Inzwischen gilt die CO₂-Endlagerung in Brandenburg als gescheitert – und Platzeck kann sich nun auch einen Neubau ohne CCS vorstellen. Außerdem bricht Platzeck ein Versprechen des früheren Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD). Der hatte gesagt, dass das 2004 abgerissene Dorf Horno der letzte Ort sein würde, das in Brandenburg für die Braunkohle abgebagert wird. Nun will Matthias Platzeck die Dörfer Proschim, Atterwasch, Grabko und Kerkwitz der Braunkohle opfern. 1700 Menschen sollen für die neuen Vattenfall-Tagebaue ihre Heimat verlassen. Besonders absurd: Das Dorf Proschim ist heute schon ein vorbildliches Erneuerbare-Energien-Dorf, das für 5000 Menschen Ökostrom produziert. Hier möchte die SPD Brandenburg zahlreiche Solaranlagen für die Braunkohleförderung abreißen lassen.

Die SPD Brandenburg hält die Illusion aufrecht, dass Brandenburg trotz Klimawandel und Energiewende langfristig an der Braunkohleverstromung festhalten kann. Damit setzt sie auch die Zukunft des Lausitzer Braunkohlereviers aufs Spiel. Der notwendige Strukturwandel kann nur gelingen, wenn er frühzeitig eingeleitet wird. Dazu muss die SPD Brandenburg endlich ein Konzept für die Zeit nach der Braunkohle entwickeln.

Greenpeace-Energiekonzept „Der Plan“



Das neue Greenpeace-Energiekonzept „Der Plan“.

Das Greenpeace-Energiekonzept „Der Plan“ zeigt Schritt für Schritt, wie eine vollständige Umstellung der Energieversorgung in Deutschland auf Erneuerbaren Energien bis 2050 machbar ist. Wichtige Säulen dieser Umstellung sind der beschleunigte Atomausstieg bis 2015 und der Kohle-Ausstieg bis 2040.

Als Brückentechnologie müssen 16 Erdgaskraftwerke gebaut werden, die zum größten Teil bereits in Bau sind. Parallel kann der Anteil von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gesteigert und der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf rund 40 Prozent bis 2020 erhöht werden. Zudem muss ein Energieeffizienzgesetz beschlossen werden, das den Namen auch verdient. Ab 2040 braucht Deutschland keine Kohlekraftwerke mehr. Laut „Der Plan“ kann Deutschland seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 46 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent reduzieren.

Wird Deutschland zukunftsgerichtet erneuert, profitieren alle davon: Das atomare Risiko sinkt. Eine saubere Umwelt verbessert die Lebensqualität. Minimierte CO₂-Emissionen schonen das Klima. Eine Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien ist technisch möglich, ökologisch notwendig und volkswirtschaftlich sinnvoll.



Greenpeace Ehrenamtliche übergeben dem Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck, das neue Greenpeace-Energiekonzept „Der Plan“. Die Aktivisten stehen mit einem Atom-Zeichen, das zu einem dreidimensionalen Windrad gefaltet ist, vor der Staatskanzlei. Auf einem Banner steht die Aufschrift: „Deutschland ist erneuerbar, Herr Platzeck!“.

Sie erfordert zwar höhere Investitionen zu Beginn – diese zahlen sich aber mittel- und langfristig aus, denn bis 2030 bringt sie volkswirtschaftliche Einsparungen in Höhe von ca. 300 Milliarden Euro. Bis zur Mitte des Jahrhunderts könnten allein im Bereich Erneuerbarer Energien eine Million Arbeitsplätze entstehen.

„Der Plan“ von Greenpeace ist zu finden unter:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/DerPlan.pdf

Energiewende braucht Kohleausstieg



Greenpeace Aktivisten protestieren bei der Klausurtagung der SPD-Spitze vor dem Inselhotel Hermannswerder gegen den klimaschädlichen Kohlekurs des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Die Aktivisten häufen mit Schaufeln Braunkohle auf und halten ein Banner: „Liebe SPD, Platzecks Braunkohle blockiert die Energiewende“.

Über 40 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen gehen in Deutschland auf das Konto der Kohlekraftwerke. Nur mit einem Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung kann Deutschland ambitionierte Klimaschutzziele erreichen. Ohne den Ausstieg aus der Kohleverstromung bleibt die Energiewende halbherzig.

Das unabhängige Beratungsunternehmen „Ecofys“ hat im Auftrag von Greenpeace im Mai 2012 einen detaillierten Abschaltplan für Kohlekraftwerke in Deutschland erstellt. Der von Ecofys nach dem Greenpeace-Konzept berechnete Abschaltplan sieht vor, dass die Strommenge aus Kohlekraftwerken nach und nach reduziert wird. Zeitversetzt zum Atomausstieg würde damit der klimaschädliche Kohlendioxid-Ausstoß der Energieerzeuger gesenkt:

- ➔ bis 2030 schaltet Deutschland das letzte Braunkohlekraftwerk ab,
- ➔ bis 2040 geht das letzte Steinkohlekraftwerk vom Netz.

Kohle ist Gift für das Klima. Greenpeace fordert daher von der Politik, ein Kohleausstiegsgesetz auf den Weg zu bringen, um für Planungssicherheit und eine rechtsverbindliche Beendigung der Kohleverstromung zu sorgen. Mit dem Vorschlag eines Kohleausstiegsgesetzes werden drei wesentliche Schwachstellen der Energiewende geregelt:

- ➔ **Mangelnde Planungssicherheit:** Solange der freie Markt den Energiesektor steuert, wird es keine Investitionen in moderne Gaskraftwerke geben. Investitionssicherheit bedingt eine solide Planungsgrundlage, die unter den gegebenen Bedingungen nicht vorhanden ist. Politisch wird nach wie vor an der klimaschädlichen Kohleverstromung festgehalten, statt flexible und hocheffiziente Gaskraftwerke zu fördern.
- ➔ **Merit-Order-Effekt:** Am Stromhandelsmarkt ergibt sich die Einsatz-

reihenfolge der Kraftwerke allein aus den variablen Kosten der Stromerzeugung. Und die ist genau entgegengesetzt zu der CO₂-Intensität der Energieträger. Dieser ökologisch pervertierte Merit-Order-Effekt führt im Stromhandelsmarkt dazu, dass bei erhöhtem Energiebedarf die klimaschädlichen Kohlekraftwerke als erstes zugeschaltet werden und der klimafreundlichste Energieträger Gas zu allerletzt zum Zuge kommt.

- ➔ **CO₂-Zertifikate:** Der Preis für CO₂-Verschmutzungsrechte liegt im Keller. Der Handel mit Verschmutzungsrechten, den sogenannten Emissions-Zertifikaten, soll den Ausstoß von Treibhausgasen vermindern. Der augenblickliche CO₂-Preis für Verschmutzungsrechte von unter sieben Euro entfaltet jedoch nicht die notwendige Lenkungswirkung. Deshalb muss der Emissionshandel durch ein Kohleausstiegsgesetz ergänzt und unterstützt werden.

Greenpeace fordert die SPD auf:

- ➔ Stoppen Sie den Aufschluss weiterer Braunkohle-Tagebaue!
- ➔ Machen Sie sich öffentlich für einen Kohle-Ausstieg bis 2040 stark!
- ➔ Nehmen Sie die Erarbeitung eines Kohle-Ausstiegsgesetzes in Ihr Programm für die Bundestagswahl 2013 auf!
- ➔ Bringen Sie nach der Bundestagswahl den Kohle-Ausstieg gesetzlich auf den Weg!

GENUG KOHLE GESCHEFFELT!



Das Greenpeace Luftschiff fliegt über den Braunkohletagebau Welzow-Süd. Greenpeace protestiert mit dem 40 Meter lange Zeppelin gegen die Pläne der SPD-Brandenburg, Vattenfall fünf neue Braunkohletagebaue zu genehmigen. Auf dem Bannern steht: „Kohle-SPD schadet Mensch und Natur!“ und „Destruction made by Sweden“.

Impressum Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, T. 040.3 06 18-0; **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de; **V.i.S.d.P** Tobias Münchmeyer; **Fotografen** Titel: Mike Schmidt, S.2 und 3: Bernd Arnold (2), S.4: Bernd Arnold, RWE, S.5: Patrick Pleul/DPA, S.6: Andreas Varnhorn, Mike Schmidt, S.7: Mike Schmidt, S.8: Paul Langrock © Greenpeace; **Produktion / Gestaltung** Der Plotterraum, Rethedamm 8, 21107 Hamburg; **Druck** Druckwelten GmbH, Bahrenfelder Str. 101 A, 22765 Hamburg; **Auflage** 3000 Stk.
Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende: GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33400

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Stand 12/2012